Steuergesetz.

Erlassen vom Kantonsrate am 3. März 1870,
kraft der ihm in der damaligen Kantonsverfassung erteilten
Vollmacht mit den seitherigen Abänderungen und der
von der Landsgemeinde am 30. April 1905
beschlossenen Revision.

Erster Titel.

Von der Staatssteuer.

I. Allgemeine Bestimmungen.

Art. 1.

Ist zu Bestreitung der Staatsausgaben eine direkte Steuer notwendig, so wird sie bezogen:

- a. vom Vermögen,
- b. vom Erwerb und Einkommen,
- c. vom Kopfe.

Art. 2.

Der Vermögenssteuer ist unterworfen:

- a. alles innerhalb oder außerhalb des Kantons befindliche Besitztum von Privaten, Gesellschaften, Korporationen, Gemeinden, Klöstern, Familien und milden Stiftungen der Kantonsbewohner, nach Abzug aller darauf haftenden Schulden und Lasten;
- b. alle im Kanton befindlichen Gebäude und Liegenschaften auswärtiger Eigentümer nach ihrem wahren Wert;

- c. jedes auch nicht liegenschaftliche Vermögen einer auswärts wohnenden Person, welches im Kanton verwaltet wird, bis zum Beweise, daß selbe ein anderweitiges Bürgerrecht erworben und auf das hierseitige verzichtet habe, oder bis Beweise vorliegen, daß jenes Vermögen am Wohnorte des Eigentümers der Steuer unterliegt.

Art. 3.

Von der Vermögenssteuer sind ausgenommen:

- a. alle außerhalb des Kantons befindlichen, hierseitigen Eigentümern zugehörigen Liegenschaften und Gebäulichkeiten, welche erweislichermassen bereits versteuert sind;
- b. das gesamte Staatsgut, sowie öffentliche Kirchen-, Pfrund-, Schul- und Armengüter;
- c. öffentliche, für die Zwecke der Gemeinden verwendete Gebäulichkeiten;
- d. jedes Gesamtvermögen eines Einzelnen oder einer Familie in gemeinschaftlicher Haushaltung, wenn es nicht Fr. 1000, sowie das Vermögen einer Witwe und eines jeden elternlosen Kindes unter 17 Jahren, wenn es nicht Fr. 2000 übersteigt; sobald aber jene Vermögen sich höher belaufen, sind sie im vollen zu versteuern; auf besonders drückende Verhältnisse der Familienväter, Witwen und Waisen darf die Steuerbehörde noch weitergehende Rücksicht nehmen;
- e. Feld- und Handwerksgerätschaften und das für sich, die Familie und das Dienstpersonal gebrauchte Hausmobiliar. Das übrige Mobiliar ist zum Verkehrswerte zur Steuer anzuschlagen.
- f. Da laut Steuergesetz zwei Zinse als Ausfluß des Kapitals betrachtet und daher nicht versteuert werden, so sind die vom Viehbesitzer produzierten Käse in jenem Jahre, in welchem sie produziert werden, sofern sie noch in der Hand des Produzenten sich befinden, als Ertrag des Viehes, ebenfalls nicht steuerbares Gut.

Art. 4.

Bei Nutznießungen, fließe der Nutzen aus beweglichen oder unbeweglichem Gute, ist der Nutznießer an der Stelle des Eigentümers gleich diesem steuerpflichtig.

Bezüglich von Korporations- oder Gemeindegut wird hingegen die Vermögenssteuer in der Regel auf der Verwaltung enthoben, mit ihr überlassenem Rückgriff auf die Nutznießung.

Wo indes die Benutzung eine rein güterrechtliche ist, wird dasselbe gleichzeitig mit den Gütern, die darauf Anspruch haben und deren Wert es erhöht, versteuert. Inwiefern dessen Benutzung eine gemischte, als teils eine güterrechtliche und teils eine nicht güterrechtliche ist, findet die Besteuerung nach Verhältnis, teils verbunden mit den Gütern, teils von der Korporation direkt statt. Dies ist jedoch allfälligen durch einen Kataster bedingten und desnahen zu erlassenden Abänderungen unvorzuglich.

Art. 5.

Der Erwerbsteuer ist unterworfen: jeder Erwerb und jedes Einkommen der im Kanton befindlichen Bürger, Niedergelassenen und Aufenthalter, sowie der Genossenschaften und Erwerbsgesellschaften aller Art.

Art. 6.

Von der Erwerbs-, beziehungsweise Einkommensteuer sind ausgenommen:

- a. dasjenige Einkommen, das als direkter Ausfluß von bereits versteuertem Grund- oder Geldbesitz (Lehen- oder Kapitalzinsen) mittelbar schon versteuert ist;
- b. jeder Erwerb bis und mit Fr. 700.

Sind in einer ungetrennten Haushaltung mehrere Familienglieder zur Entrichtung einer Erwerbsteuer verpflichtet, so darf nur eines derselben das Existenzminimum in Abzug bringen.

Auf besonders drückende Verhältnisse einzelner Steuer-

pflichtiger kann die Steuerbehörde auch bei Veranlagung des Erwerbes weitergehende Rücksicht nehmen.

Der Erwerb eines Geschäftes, das aus einer Mehrzahl von Teilhabern oder auf Aktien beruht, ist samthast zu versteuern und es ist somit eine Teilung des Erwerbes zu Steuerzwecken unstatthast.

Art. 7.

Die Kopfsteuer haben alle Kantonseinkotrner mit erfülltem zwanzigstem Altersjahre zu entrichten, sofern sie Bürger, Niedergelassene oder gesetzliche Aufenthalter sind.

Davon sind ausgenommen: solche, welche aus öffentlichen Anstalten Unterstützung genießen und andere notorisch Arme.

Ferner alle oder einzelne einer Familie, ganz oder teilweise, nach besonderen Umständen, wenn die Familie wenigstens sechs steuerpflichtige Mitglieder zählt und diese zusammen nicht über 3000 Fr. Vermögen besitzen; solche jedoch nur auf ein in festzusetzender Frist eingereichtes Verlangen.

Art. 8.

Personen, welche zu Erwerbszwecken für kürzere Dauer im Kanton den Aufenthalt oder die Niederlassung nehmen, haben, sofern sie im Kanton nicht eine Vermögens- oder Einkommenssteuer entrichten, als Ersatz für dieselbe, eine Steuer von 2—5 Fr. zu bezahlen. Diese Steuer richtet sich nach den ökonomischen Verhältnissen der betreffenden Person und verfällt mit der Domizilnahme oder dem Beginn von Aufenthalt oder Niederlassung im Kanton. Zu einem Viertel fällt diese Steuer in die Staatsklasse und zu drei Vierteln in die Einwohnergemeindeklasse der Wohngemeinde.

Ueber die Auftragung auf das ordentliche Steuerregister bei größerem Tagesverdienst und länger dauerndem Aufenthalt entscheidet der Einwohnergemeinderat.

II. Beginn und Ort der Besteuerung.

Art. 9.

Die Steuerpflicht von Vermögen und Erwerb, beziehungsweise Einkommen beginnt im allgemeinen mit dem Zeitpunkte, in welchem jemand zu einem steuerbaren Besitztum oder Ertrag gelangt.

Art. 10.

Kantonsfremde, die neu in den Kanton einziehen, werden mit dem Zeitpunkte steuerpflichtig, in welchem sie in das Verhältnis der Niedergelassenen oder bleibenden und selbständigen Aufenthalter treten, und zwar für die volle Jahressteuer, wenn ihr Einzug während des ersten Semesters, für die Hälfte derselben, wenn ihr Einzug im Laufe des zweiten Semesters erfolgt ist.

Ganz in gleicher Weise soll gegenüber denjenigen Einwohnern, welchen im Laufe des Jahres erbrechtlich, durch Schenkung u. s. w. Vermögen zufällt, verfahren werden.

Mit im Kanton wohnhaften Ausländern, welche ihr meistes Vermögen auswärts besitzen, ist ein entsprechendes Abkommen zulässig.

Art. 11.

Jeder im Kanton wohnende Steuerpflichtige hat den Gesamtbetrag der Steuer an seinem Wohnort zu entrichten.

Art. 12.

Für bevormundete Pflichtige, wenn sie nicht mit Niederlassung in einer andern Gemeinde des Kantons wohnen, erfolgt die Besteuerung in der Heimatgemeinde.

Art. 13.

Auswärtige Besitzer von steuerbarem Eigentum versteuern dasselbe in derjenigen Gemeinde, wo es liegt. Ist für ein solches Besitztum ein Verwalter bestellt, so geschieht die Besteuerung am Wohnorte des letztern.

III. Berechnung des Steuerbetrages.

a. Steuerpflichtiges Vermögen und Einkommen.

Art. 14.

Jedes Vermögen und jeder Erwerb, beziehungsweise Einkommen soll vollständig in seinem wahren Werte versteuert werden.

Die Ausmittelung der Steuersumme von Grundeigentum findet auf die Grundlage seines wahren mittlern Wertes statt, bis der Kantonsrat, welcher hiermit dazu berechtigt wird, nach Befund der Umstände eine allgemeine Güterabschätzung angeordnet, die dazu erforderlichen Vorschriften — immerhin mit Wahrung eines Instanzenzuges für die Beschwerdeführung — erlassen, und erstere durchgeführt haben wird. Eine solche Güterabschätzung ist eintretenden Falles nach angemessener Zeitdauer jeweilig zu erneuern. — So lange jene Anordnung unterbleibt, ist gleichwohl in Einzelfällen eine Abschätzung durch die Taxationsbehörden, nach Anordnung gehörigen Untersuches, zulässig.

Kapitalien und andere zinsbare Forderungen sind nach ihrem Rennewerte zu versteuern.

Art. 15.

Bei steuerpflichtigem Besitztum von Auswärtswohnenden darf ein Abzug allfällig darauf haftender Schulden nur stattfinden, wenn der Pflichtige sich darüber ausweisen kann, daß das fragliche Besitztum im Vergleich zu seinem übrigen Vermögen oder auswärtigen Besitztum nicht unverhältnismäßig mit Schulden belastet ist.

Für diese Steuern ist das Grundeigentum haftbar.

Art. 16.

Bei Berechnung des steuerpflichtigen Erwerbes sind 4% des Betriebskapitals, sowie die mit der Gewinnung des Erwerbes verbundenen Unkosten — Handlungs-, Gewerbs- oder

Berufskosten, Lohn der Angestellten, Gesellen u., nicht aber die Kosten für den Lebensunterhalt und andere persönliche Bedürfnisse des Steuerpflichtigen und seiner Familie in Abzug zu bringen.

b. Anlagen der Vermögenssteuer.

Art. 17.

Für die Vermögenssteuer wird der Maßstab von Fr. 1000 zu Grunde gelegt und der zu erhebende Steuerbetrag nach Zehntel-Franken bestimmt.

Art. 18.

Bei Leibrenten und Pensionen gilt deren zwanzigfache Betrag als Steuerkapital.

c. Anlage der Erwerbsteuer.

Art. 19.

Für die Erwerbsteuer, darin das Einkommen außer den Leibrenten und Pensionen mit einbegriffen ist, wird der Maßstab von Fr. 100 zu Grunde gelegt und der zu erhebende Steuerbetrag folgendermaßen bestimmt:

Nach Abzug des Existenzminimums von Fr. 700 werden Fr. 100 jährlichen Erwerbes wie Fr. 1000 Vermögen versteuert.

d. Anlage der Kopfsteuer.

Art. 20.

Die Kopfsteuer beträgt, wenn Eins vom Tausend auf dem Vermögen erhoben wird, 1 Franken; sie vermehrt und vermindert sich je nach dem Ansätze der Vermögenssteuer von 10 zu 10 Rappen.

IV. Ausmittlung der Steuerleistung.

A. Allgemeine Bestimmungen.

Art. 21.

Der Betrag der Steuerleistung wird durch Taxation ausgemittelt, zunächst durch Selbsttaxation des Pflichtigen, sodann durch den Einwohnergemeinderat, endlich mittelst spezieller Ausübung der Oberkontrolle durch den Regierungsrat.

Art. 22.

Je alle drei Jahre wird, im Falle des Bezuges einer Staatssteuer, eine neue Taxation sämtlicher Pflichtigen in jeder Gemeinde vorgenommen.

Art. 23.

In den übrigen zwei Jahren wird in den Gemeinden eine neue Taxation jeweilen nur bei denjenigen Pflichtigen vorgenommen, welche der Steuer zum ersten Male unterliegen und deren Vermögensverhältnisse durch Erbschaft, Teilung, Kauf und Verkauf, Verheiratung, Geschäftsbetrieb, Gehaltsvermehrung u. s. w. verändert worden sind. Zum dem Ende wird der Gemeinderat in jedem dieser drei Jahre vor Anfertigung der Steuerregister durch eine öffentliche Bekanntmachung die betreffenden Pflichtigen zur Angabe solcher Veränderungen auffordern.

Art. 24.

Ausnahmsweise können die Taxationsbehörden auch in diesen zwei Jahren Erhöhung einer Taxation vornehmen, wenn ein erhebliches Mißverhältnis vorliegt.

B. Selbsttaxation des Pflichtigen.

Art. 25.

Der Steuerpflichtige ist unter Kenntnisgabe der Gesetzesartikel, welche das steuerbare Vermögen näher bezeichnen,

und unter Vorstellung der gesetzlichen Strafe auf Verheimlichung aufzufordern, sein gesamtes steuerbares Vermögen genau zu versteuern.

Hinwieder ist der Steuerpflichtige bei Ehre, Pflicht und Gewissen gehalten, sein gesamtes steuerbares Vermögen, bestehe dasselbe in Liegenschaften oder in Andernem wie auch sein Einkommen oder seinen Erwerb getreu zu versteuern, nicht minder die Kopfsteuer vollständig zu entrichten.

Art. 26.

Für Vornahme der Selbsttaxation erhält der im Kanton wohnende Pflichtige von dem Gemeinderat seiner Gemeinde ein gedrucktes Steuerformular, auf welches er in den hiefür bezeichneten Rubriken die Wertung seines Vermögens an a. Liegenschaften, b. Kapital und c. übrigem Vermögen, ferner seines Erwerbes und Einkommens und die Zahl der Kopfsteuerpflichtigen einträgt.

Art. 27.

Der Pflichtige hat das Steuerformular zehn Tage nach dessen Empfang, mit der Selbsttaxation versehen, dem Gemeinderate zuzustellen. Geschieht dies nicht, so hat der Gemeinderat namens des Pflichtigen die Taxation zu bestimmen.

C. Taxation des Gemeinderates.

Art. 28.

Der Gemeinderat hat die Taxationen in ein alljährlich in Doppel zu fertigendes Gemeindesteuerregister einzutragen. Für diejenigen Jahre, in denen keine Revision nach Art. 22 stattfindet, werden da, wo keine Selbsttaxationen nach Art. 23 eingekommen sind oder nicht sonstige Erhöhung nach Art. 23 und 24 eintritt, die Steueransätze des vergangenen Jahres zur Grundlage genommen.

Art. 29.

Der Gemeinderat hat sodann die Steuerregister sowohl

in Rücksicht der Vollständigkeit des Verzeichnisses aller Steuerpflichtigen, als der Richtigkeit der eingetragenen Taxationen sorgfältig zu prüfen, da, wo nötig, zu vervollständigen oder zu verändern und die hieraus in Vermögen, Erwerb oder Einkommen oder Kopfsteuer sich ergebenden Ansätze, als gemeinderätliche Taxation festzustellen.

Art. 30.

Als Anhang zu dem Steuerregister ist ein Bericht zu fertigen über alle in den Taxationen vorgenommenen Veränderungen sowie über alle Pflichtigen, oder Vermögensteile, welche neu in die Gemeinde hereingezogen, oder in eine andere Gemeinde hinüber gegangen, oder aus dem Kanton weggezogen sind. Wo diese Veränderung durch Teilung, Verheiratung oder Erbschaft geschieht, sind die Personen genau zu bezeichnen, welche die einzelnen Vermögensteile besitzen oder befehlen haben. Am Schlusse dieses Berichtes ist mittelst der daraus sich ergebenden Abrechnung die Ausgleichung der Totalsumme des letztjährigen Steuerregisters mit derjenigen der neuen Taxation nachzuweisen.

Art. 31.

Nach Vollendung dieser Arbeiten ist das eine Doppel der Steuerregister nebst sämtlichen von den Pflichtigen eingekommenen Akten dem Finanzdepartement zuzustellen, das andere in einem öffentlichen Lokal den Pflichtigen 14 Tage lang zur Einsicht offen zu legen. Gleichzeitig werden die vorgenommenen Veränderungen den betreffenden Pflichtigen mitgeteilt, unter Ansetzung einer Frist von 14 Tagen für Einreichung allfälliger Beschwerden an den Regierungsrat. Wer die Rekursfrist versäumt, ist pflichtig, zu bezahlen.

D. Taxation des Regierungsrates.

Art. 32.

Die von den Gemeinderäten eingesandten Gemeinde-

steuerregister bilden zusammen das Kantonalsteuerregister. Behufs vollständiger Bereinigung desselben werden die sämtlichen Taxationen und Veränderungsberichte (Art. 30), namentlich rücksichtlich der in demselben gezeigten Zu- und Abschreibungen einzelner Pflichtigen oder Vermögensteile, einer genauen Prüfung durch den Regierungsrat unterworfen; derselbe soll die eingekommenen Beschwerden gegen die gemeinderätliche Taxation gewissenhaft untersuchen, resp. durch Feststellung des Kantonalsteuerregisters die Taxationsarbeiten beendigen.

E. Obergerichtliche Rekurskommission u. s. w.

Art. 33.

Denjenigen, welche vom Regierungsrate höher taxiert oder deren eingereichte Beschwerden wegen sich oder Andern gegen die gemeinderätliche Taxation nicht willfährig beschieden worden, ist davon mit der Anzeige Kenntnis zu geben, daß sie dagegen den Rekurs an die vom Obergerichte hiesfür aus seiner Mitte bezeichnete Kommission ergreifen können. Wird aber derselbe innert nächster 14 Tage von der erhaltenen Anzeige an nicht erklärt, so wird dies als Verzicht angesehen. Erklärt der betreffende Steuerpflichtige hingegen den Rekurs, so hat er in Zeit erster acht Tage bei Ehre, Pflicht und Gewissen eine schriftliche Erklärung auszustellen, daß er nicht das taxierte, sondern nur das von ihm angegebene Vermögen besitze. In diesem Falle wird entweder der Regierungsrat auf seiner Taxation beharren und hat dann der Entscheid der Rekurskommission stattzufinden, oder es wird der Regierungsrat es bei der vom Besteuernten gemachten Angabe einstweilen belassen und dann nach dessen Tode ein amtliches Inventar über die Verlassenschaft aufnehmen; jedenfalls ist aber auch den Besteuernten gestattet, sogleich auf Entscheid zu bringen.

F. Taggelder und Entschädigungen.

Art. 34.

Für Anfertigung der Steuerregister, die nötigen Ein-

gaben an den Regierungsrat, den Steuereinzug und weitere einschlägige Bemühungen erhält der Gemeinderat, insofern die Ablieferung der Beträge innert der in Art. 36 vorgesehenen Frist erfolgt, in den Jahren, wo eine Totalrevision der Register stattfindet, 5⁰/₁₀, in den übrigen 3⁰/₁₀ Provision, woraus er das betreffende Personal mit Einschluß der Kanzlei nach Verhältnis zu entschädigen hat.

V. Steuerbezug.

Art. 35.

Nach Feststellung des Kantonalsteuerregisters (Art. 32) durch die Taxation des Regierungsrates und durch die Berechnung des für jeden Pflichtigen sich ergebenden Steuerbetrages werden die letztinstanzlich fixierten Abänderungsansätze und die Totalsumme der Steuerbeträge für jede Gemeinde ausgezogen und den Gemeinderäten behufs Anordnung der Eintragung in die Gemeindesteuerregister übersandt.

Art. 36.

Die Gemeinderäte sind verpflichtet, die entsprechende Vervollständigung der Gemeindesteuerregister, den Bezug der Steuer und die Ablieferung der eingegangenen Beträge innert spätestens 10 Wochen zu besorgen.

Längstens binnen 3 Wochen nach stattgefundener zweimaliger Publikation, oder im Falle des Selbstbezuges nach Anmeldung der Einnahmer, hat der Pflichtige seinen Steuerbetrag denselben zuzustellen. Wer solches unterläßt, wird durch die Einnahmer nochmals zu beförderlicher Entrichtung gemahnt und auf die Folgen der Unterlassung aufmerksam gemacht.

Findet innert den ersten drei Wochen nach obiger Mahnung die Zahlung nicht statt, so ist der Gemeinderat gehalten, den Zahlungsschwierigen der Untersuchungs- und Ueberweisungsbehörde zu verzeigen,

welche nach Befund der Umstände mit Anberaumung einer neuen Frist eine Konventionalbuße, die aber in keinem Falle Fr. 30 übersteigen darf, unter Rekursrecht an den Gerichtsauschuß des Kantonsgerichtes verbindet. Dem Steuer-schwierigen fallen überdies jeweiligen die erlaufenden Anzeige- und Strafkosten zur Last. Wird ungrachtet jenes Verfahrens die Steuer noch nicht bezahlt, so findet der weitem Säumigkeit wegen Ueberweisung an den Gerichtsauschuß des Kantonsgerichtes statt.

VI. Steuernachzahlung.

Art. 37.

Wenn es sich herausstellt, daß ein Pfllichtiger sein Vermögen oder Einkommen gar nicht oder unvollständig versteuert hat, so ist von ihm, beziehungsweise von seinem Nachlasse der zweifache Betrag des vorenthaltenen Steuerbetrages zu entheben. Findet freiwillige Anerkennung nicht statt, so entscheidet darüber die letztinstanzliche Rekursbehörde in Steuer-sachen (Kommission des Obergerichtes.)

Die Nachsteuer umfaßt jedoch nur denjenigen Zeitraum und berechnet sich nur in derjenigen Proportion, in welchem und nach welcher gemäß genügend begründeter rechtlicher Annahme zu wenig versteuert worden. Sinwieder sind Liegenschaften nicht nach dem zur Zeit der zu entrichtenden Nachsteuer ihnen inne wohnenden Werte, sondern nach demjenigen zu berechnen, den sie zur Zeit der nicht oder zu wenig geleisteten Steuer gehabt haben.

Das Klagerrecht erstreckt sich nicht weiter als auf die letztverfloffenen 10 Jahre, von Anhebung der Untersuchung rückwärts gerechnet.

Beamte, namentlich die Gemeinderäte, Gülten- und Gültenprotokollschreiber u. s. w. sind verpflichtet, da, wo sie bei Käufen, bei Aufnahme von Inventarien, bei Erbtheilungen oder auf andere Weise in Erfahrung bringen, daß jemand sein Vermögen oder Einkommen nicht pflichtgemäß versteuere

oder versteuert habe, davon dem Finanzdepartement Anzeige zu machen, welches dann die weitere Erledigung des Falles einleiten und überwachen wird. Dem Anzeiger kommt eine Prämie von 5% der abfallenden Nachvergütung zu.

Zweiter Titel.

Von den Gemeindesteuern.

I. Allgemeine Bestimmungen.

Art. 38.

Diejenigen Gemeinden, in welchen die Ausgaben die Einnahmen übersteigen, sind berechtigt und unter Umständen verpflichtet, den zur vollständigen Deckung der erstern erforderlichen Betrag auf dem Wege der Erhebung von Gemeindesteuern aufzubringen, und steht ihnen nach Art. 65 und 71 der Verfassung daherige Schlussfassung zu. Diese Bestimmung gilt analog für die in Art. 63 der Verfassung vorgesehenen berechtigten Zwecke und Versammlungen.

Rechnungsüberschüsse, soweit solche nicht zum Stammgute geschlagen werden müssen (Art. 39), dürfen zur Deckung von Rechnungsdefiziten verwendet werden.

Art. 39.

Es sind zum Stammgute der betreffenden Gemeingüter zu schlagen und dürfen für die laufenden Gemeindeausgaben nicht verwendet werden: die Bürgereinkaufsgebühren; ferner die Legate und Schenkungen, insofern diese nicht ausdrücklich zur sofortigen Verwendung bestimmt sind, sowie die Wirtschaftsgebühren.

Art. 40.

Wer steuerpflichtig, beziehungsweise zu den verschiedenen Gemeinde- oder Ortssteuerzwecken in Mitteleiden-

schaft zu ziehen ist, besagt im allgemeinen Art. 18 der Verfassung.

II. Besteuerungsweise, Materielles.

Art. 41.

Maßgebend für die eigentlichen Gemeindesteuern ist der für die Staatssteuer aufgestellte Maßstab der Verteilung auf die verschiedenen Steuerfaktoren (Vermögens-, Erwerbs-, Einkommens- und Kopfsteuer), insofern nicht in gegenwärtigem Titel besondere Modifikationen vorgesehen sind.

Art. 42.

Die Anlage und Unterhaltung von Straßen, Wegen, Brücken, Wädhren, Dämmen, Wasserleitungen usw. können die Gemeinden, wo nicht in Einzelfällen eine spezielle Rechtspflicht es anders verordnet, entweder:

1. mittelst persönlicher und Fuhrleistungen in Gemeindewerken, oder
2. auf gemeinsame Rechnung der Gemeinde (im Verdinge oder in Regie) ausführen lassen.

Bei Ausführung der Arbeiten im Gemeindewerke hat die Verteilung in der Weise zu geschehen, daß sämtliche Steuerfaktoren eine der Billigkeit entsprechende Berücksichtigung finden.

Art. 43.

Mannschaft und Pferde, welche den Gemeinden zur Einquartierung zufallen, dürfen in denselben in der Regel nur solchen Bewohnern zur Beherbergung und Verpflegung zugewiesen werden, welche die dazu erforderlichen Räumlichkeiten und Einrichtungen besitzen oder anzuweisen im Falle sind.

In den Gemeinden, beziehungsweise Ortschaften, kann je nach den Verhältnissen, entweder

1. volle Vergütung für die Beforgung der Einquartierung geleistet und die Ausgabe hiefür in Rechnung gebracht, oder
2. die Einquartierung auf die Steuerpflichtigen gegen reglementarische Vergütung verlegt werden. Im letzteren Falle ist für das Verhältnis der Beteiligung der im Art. 41 aufgestellte Maßstab zwar wesentlich maßgebend, sollen aber die Pflichtigen zu diesem Ende von dem Gemeinderate in eine den Verhältnissen angemessene Zahl von Klassen eingeteilt werden. Wer weniger Mannschaft und Pferde zur Einquartierung übernimmt, als ihm nach der getroffenen Klasseneinteilung zuläme, kann für das zu wenig Geleistete von dem Gemeinderate mit einem billigen, nach den örtlichen Verhältnissen zu bestimmenden Gelberfaß belegt werden.

Bei außerordentlichen Einquartierungen und Requisitionen bleiben die besonderen Verfügungen vorbehalten.

Art. 44.

An die Ausgaben für die Feuerspritzen, Spritzenhäuser und Spritzenproben, sowie für die Löscheräte und die Wächter können die Staatsgebäude, die Gemeinde-, Pfund-, Schul- und Armenhäuser bei der Besteuerung auch verhältnismäßig in Anspruch genommen werden.

Art. 45.

Liegenschaften im Lande oder in der betreffenden Gemeinde nicht selbst angelegener Eigentümer sind für die Gemeindezwecke ebenfalls steuerpflichtig.

Ein Abzug darauf haftender Schulden darf nur stattfinden, wenn der Nachweis geleistet wird, daß das fragliche Besitztum im Vergleich zu dem Vermögen des Pflichtigen nicht unverhältnismäßig mit Schulden belastet ist und daß an dessen Wohnorte der Abzug von Passiven ebenfalls gestattet wird.

Art. 46.

Fällt der Wohnsitz eines Steuerpflichtigen in mehrere Gemeinden des Kantons, so ist er an das Polizei-, Kirchen- und Schulwesen nach Verhältnis der Zahl der Gemeinden steuerpflichtig. Wenn Jemand während eines großen Theiles des Jahres außer derjenigen Gemeinde, in welcher er rechtlich domiziliert, wohnt, um ein Gewerbe auszuüben, oder Landwirtschaft zu betreiben, so kann derselbe im gleichen Verhältnis wie diejenigen, welche rechtlich ihren Wohnsitz in mehreren Gemeinden haben, in beiden Gemeinden pro Rata besteuert werden. Wenn über dieses Verhältnis Streit entsteht, so entscheidet der Regierungsrat.

Art. 47.

An jede Gemeindesteuer sind alle Bürger, Niedergelassene und gefehlliche Aufenthalter, welche zur Zeit der Verlegung der Steuer in den Gemeinden wohnen, ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt ihres Einzuges beitragspflichtig.

In Fällen, in welchen zur Deckung außerordentlicher Ausgaben ein rataweiser Steuerbezug (Verteilung auf mehrere Jahre) stattfindet, richtet sich die Steuerpflicht des Einzelnen bei jeder Ratazahlung nach demjenigen Steuerregister, welches zur Zeit der Fälligerdung derselben Geltung hat. Durch die Verlegung des Armensteuerbezuges auf zwei Jahreshälften wird hievon keine Ausnahme bedingt. Von dieser Verpflichtung sind nur diejenigen neueingezogenen Bürger, Niedergelassenen und Aufenthalter befreit, welche nachweisen, daß sie bereits in ihrer frühern Wohngemeinde eine gleichartige Gemeindesteuer für das laufende Rechnungsjahr bezahlt haben.

Bezüglich der vorübergehenden Aufenthalter gelten die in Art. 8 enthaltenen Bestimmungen.

III. Art der Ausmittlung u. s. w., Formelles.

Art. 48.

Wenn eine Staatssteuer besteht, so ist das für dieselbe

errichtete Steuerverzeichnis auch für die Gemeindesteuer maßgebend. Besteht aber keine, so werden die Steuerregister vom Gemeinderate festgesetzt und bereinigt.

Bezüglich der Ausmittelung des zu besteuern den Vermögens, Einkommens und Erwerbes und der Kopfsteuer, sowie hinsichtlich des Bezuges der Gemeindesteuer ist einfach nach den im Staatssteuergesetz enthaltenen Vorschriften zu verfahren.

Art. 49.

Wo nur für besondere Ortszwecke (Art. 63 der Verfassung) Steuern bezogen werden, hat in formeller Beziehung ein der Ausmittelung und Einhebung der Gemeindesteuern, soweit es die örtlichen Verhältnisse gestatten, gleiches Verfahren statt.

Art. 50.

Immerhin ist bei Gemeindesteuern der Gemeinderat die alleinige Behörde, welche die Steuerregister bereinigt und festsetzt und die Pflichtigen sowohl hinsichtlich der Steuer als der Nachzahlung taxiert. Der Regierungsrat ist solchen Falles Rekursbehörde gegen zu hoch oder zu niedrig erachtete Steueransätze. Ihm liegt überhaupt über das Gemeindesteuernwesen die Oberaufsicht ob.

Sowohl die Rechnungen über die Verwendung der laut Gemeindebeschlüssen bezogenen Steuern als die Steuerregister sind in geeignetem Lokal nach Bekanntmachung der Zeit jedem Pflichtigen offen zu legen.

Art. 51.

Der Einwohnergemeinde bleibt anheimgestellt, sich mit der Bürgergemeinde hinsichtlich der Uebernahme und Beforgung einzelner oder aller örtlichen Bedürfnisse und der diesfalls an sie zu leistenden Entschädigung auf dem Wege des Vertrages zu verständigen. (Art. 57, 62 und 63 der Verfassung.)

IV. Von der Armensteuer, auch der Ortsbürgersteuer insbesondere.

Art. 52.

Die außer ihrer Heimatgemeinde angefessenen Obwaldner sind an ihre Heimatgemeinde nach deren Steuerfuß zu drei Vierteln armensteuerpflichtig.

Dieselben haben an die Armenkasse der Bürgergemeinde ihres obwaldnerischen Wohnortes nach deren Steueransatz einen Viertel Armensteuer zu entrichten.

Lepteres ist der Fall bezüglich der in Obwalden wohnhaften Bürger anderer Kantone und Staaten sowie bezüglich der alten Landleute von Nidwalden.

Juristische Personen, Stiftungen und Vereine haben, soweit sie überhaupt steuerpflichtig sind, Vermögen und Erwerb der Armenpflege an ihrem hierseitigen, tatsächlichen Wohnsitze, beziehungsweise am Orte ihres Geschäftsbetriebes zu versteuern.

Wer in zwei Gemeinden ein Bürgerrecht besitzt, hat seine Armensteuer je zur Hälfte an beide Gemeinden und nach deren Steueransatz zu entrichten.

Ist ein solcher Doppelbürger in einer dritten Gemeinde niedergelassen, wo er kein Gemeindebürgerrecht besitzt, so ist der vierte Teil der Armensteuer der Aufenthaltsgemeinde nach deren Steueransatz zu entrichten.

Geistliche entrichten die Armensteuern der Gemeinde, von welcher sie ihre Pfründe haben.

Anlangend die Steuerfaktoren (Vermögen, Einkommen, Erwerb und Kopf) und deren wechselseitiges Verhältnis zueinander ist inskünftig die in vorliegendem Gesetze aufgestellte Norm maßgebend. Es ist also das Einkommen nur nach dem in letztem aufgestellten Maßstabe aber auch nach diesem zu veranlagern, und die Kopfsteuer unterliegt hinwieder der der Höhe der Vermögenssteuer entsprechenden Skala, so daß bei einer Vermögenssteuer von 50 Rappen von Fr. 1000

auch 50 Rappen Kopfsteuer, bei jener von 60 Rappen von Fr. 1000 auch 60 Rappen Kopfsteuer zu entrichten sind. Hinwieder gelten hinsichtlich der Pensionen und Leibrenten die in Art. 18 enthaltenen Bestimmungen.

Von der Armensteuerpflicht ist das Gut der Pfarrkirchen und Kapellen in denjenigen Fällen ausgenommen, wo es selbst zur Deckung der notwendigen Ausgaben nicht hinreicht.

Zu gleichem Zwecke ist dotierendes Pfundgut vom Nutznießer als Vermögen, das weitere Grundeinkommen aber gleich dem Erwerbe zu versteuern.

Art. 53.

Wird Ortsbürgergemeindegut (Korporationsgut) von den Ortsbürgern persönlich genutzt und dessen Verwaltung und Unterhaltung nicht aus dem Ertrage besorgt, sondern ist hierfür eine Besteuerung notwendig, so sind die dahierigen Ausgaben oder Leistungen von den einzelnen Nutznießern nach Verhältnis ihres Genusses zu tragen.

V. Nachsteuer.

Art. 54.

Bezüglich der Nachsteuer gelten für die Gemeinden die gleichen Bestimmungen wie bei der Staatssteuer. Sie wird zuhanden derjenigen Fonds bezogen, welchen dieselbe der Natur der Ausgabe nach zunächst angehört.

Die vom Kantonsrate unterm 15. Februar 1905 der Landsgemeinde beantragten revidierten Bestimmungen des Steuergesetzes vom 3. März 1870 wurden von der Landsgemeinde unter heutigem Datum angenommen.

Sarnen, den 30. April 1905.

Im Namen der Landsgemeinde:

Der Landammann:

Adalbert Wirz.

Der erste Landschreiber:

Johann Wirz.

Der Regierungsrat
des Kantons Unterwalden ob dem Wald,

beschließt:

die Vollziehung und Bekanntmachung des Steuergesetzes in dem Sinne, daß das ganze Gesetz mit den schon früher in Kraft bestandenen und den von der Landsgemeinde am 30. April 1905 angenommenen, beziehungsweise abgeänderten Bestimmungen neu herausgegeben werden soll.

Von den neuen Bestimmungen tritt Art. 8 sofort, die übrigen Artikel dagegen treten erst mit dem 1. Januar 1906 in Kraft.

Sarnen, den 3. Mai 1905.

Im Namen des Regierungsrates:

Der Landammann:

Paul von Moos.

Der Landeschreiber:

Johann Wirz.